

17/1/5-Nds-182

1982

CDU

Der Mensch – Ziel und Mittelpunkt unserer Politik



**Albrecht-Politik
gibt Niedersachsen
festen Halt**

1. Sicherung einer wirtschaftlichen Zukunft

Die Niedersachsen-CDU übt auf der Grundlage ihres Lauterberger Programms, das sie im Frühjahr 1981 fortgeschrieben und aktualisiert hat, seit 1976 in Niedersachsen unter der Führung von Ernst Albrecht erfolgreich Regierungsverantwortung aus.

Niedersachsen ist in diesen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Jetzt gilt es, eine weitere Etappe auf dem Wege zu einer noch menschlicheren Gesellschaft zurückzulegen.

1. Sicherung einer wirtschaftlichen Zukunft

Die Bundesrepublik Deutschland durchsteht die schwerste Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen. Die bedrohlich anschwellende Arbeitslosigkeit trifft vor allem auch Niedersachsen. Hier zeigt sich die besondere Struktur-schwäche unseres Landes. Die Verantwortung für die anhaltende Talfahrt der deutschen Wirtschaft trägt die Bundesregierung. Sie hat es versäumt, auf die sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der richtigen Weise rechtzeitig zu reagieren. Seit 8 Jahren gibt es keine wirkliche Politik des „weg vom Öl“, weil die größere Bonner Koalitionspartei aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit nicht in der Lage ist, den notwendigen Ausbau der Kernenergie mitzutragen. Die Konsequenz dieser Versäumnisse ist eine drastische Verschlechterung der deutschen Devisenbilanz; diese wiederum hat zur Folge, daß wir keine eigenständige deutsche Zinspolitik mehr betreiben können. Hohe Zinssätze machen es unmöglich, Investitionen in dem Umfang zu tätigen, der erforderlich wäre, um wachsende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Bis zur Stunde verfügt die Bundesregierung über kein Konzept zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

Mit Energie und Zähigkeit wird die CDU ihre Politik der Strukturverbesserung für Niedersachsen fortsetzen. Dabei weiß sie, daß die Veränderung der Wirtschaftsstruktur nur über lange Zeiträume zu erzielen ist. Entscheidend ist, daß die Weichen richtig gestellt werden. Dies ist seit 1976 der Fall, und erste Ergebnisse sind

ermutigend. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen von Anfang 1976 bis zum Herbst 1980 um über 186 000. Dies entspricht einer Steigerung von 9,2%, während die Zunahme in übrigen Bundesgebieten nur 6,8% betrug.

Ziel unserer Politik ist es, die Struktur unseres Landes so zu verbessern, daß überall wettbewerbsfähige und zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Jeder soll in seiner Heimat in zumutbarer Entfernung einen Arbeitsplatz finden können. Die beachtlichen Erfolge in der Ansiedlungspolitik der Albrecht-Regierung werden wir fortsetzen und die Standortvorteile unseres Landes an der Küste verstärkt nutzen, indem wir dort die Infrastruktur für zukunftssichere Industrien schaffen. Auch das Konzept, Schwerpunktstandorte zu fördern ohne die Wirtschaft auf wenige Ballungsgebiete zu konzentrieren, hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

Wir werden auch künftig investitionshemmende Vorschriften abbauen und die privatwirtschaftliche Initiative stärken. Staatliche Aufgaben, die sich anders ebensogut wahrnehmen lassen, werden wir in private Hände geben.

Niedersachsen ist dabei, daß Süd-Nord-Gefälle auf dem Forschungssektor in der Bundesrepublik Deutschland abzubauen. Durch Hilfen bei der Gründung und in der Anlaufphase entstehen in Niedersachsen praxisorientierte Forschungseinrichtungen, deren Arbeit der Wirtschaft unseres Landes hilft, den Anschluß zur technologischen Spitze nicht zu verlieren. Auf diese Weise und durch eine intensive Beratung über technische und organisatorische Neuerungen werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue entstehen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Das Rückgrat der Wirtschaft ist für uns der Mittelstand, der 70% aller Menschen in Niedersachsen Arbeit bietet. Wir werden den 1978 von der Regierung Albrecht gegründeten Wirtschaftsförderfond weiter verstärken, aus dem zinsgünstige Kredite an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden. Die Niedersachsen-CDU sieht in einer zukunftsorientierten Energiepolitik den Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Wohlfahrt unseres Landes. Wir werden die Politik des „weg vom Öl“ konsequent weiterführen. Niedersachsen nimmt bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie schon heute den führenden Platz in der Bundesrepublik Deutschland ein: etwa 40% des Stroms wird aus Kernenergie gewonnen. Dieser Anteil muß weiter erhöht werden, damit durch kostengünstige Energie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes gesichert wird. Der Verbraucher darf überdies nicht den Eindruck

bekommen, daß Energiesparen durch höhere Preise bestraft wird.

Unseren Beitrag zur Entsorgung der Kernenergie leisten wir durch ein Zwischenlager für ausgediente Brennelemente; dort wird Energie für die Zukunft gespeichert. Wir werden die Erkundungsarbeiten fortsetzen lassen, die Klarheit darüber schaffen sollen, ob der Salzstock in Gorleben als Endlager geeignet ist.

Die Niedersachsen-CDU weiß, daß ein Drittel der niedersächsischen Bevölkerung mittelbar oder unmittelbar von der Landwirtschaft lebt. Wir werden in der Agrarpolitik weiter für eine ständige Verbesserung der Produktionsgrundlagen und -voraussetzungen sorgen. Wir werden den „Niedersächsischen Weg“ der einzelbetrieblichen Förderung fortsetzen und die Markt- und Absatzbedingungen unserer Landwirtschaft verbessern. Die Arbeitslast für die bäuerliche Familie wird von uns gemindert werden vor allem durch die Förderung der Betriebs- und Haushaltshilfe.

Auch eine sparsame Haushaltspolitik ist Zukunftsvorsorge für unser Land. Staatsverschuldung vertagt Probleme, löst sie aber nicht. Wir werden deshalb den Abbau der Neuverschuldung konsequent fortführen – nicht über Steuer- und Abgabenerhöhungen; denn diese haben die Grenze der Belastbarkeit des Bürgers erreicht. Die Steuerpolitik muß den Leistungswillen des Bürgers stärken. Wir orientieren uns

daran, daß eine gesunde, ertragskräftige Wirtschaft auch die Finanzkraft des Landes nährt. Wir werden Subventionen mit öffentlichen Mitteln immer wieder darauf prüfen, ob sie sich noch rechtfertigen lassen. Wir werden die Investitionskraft des Landeshaushalts Schritt für Schritt verstärken. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, den Personalanstieg in der Landesverwaltung zu bremsen. Der öffentliche Dienst muß leistungsfähig bleiben und kostengünstiger werden.



**Albrecht-Politik
gibt Niedersachsen
festen Halt**

2. Frau und Familie

Die Familie ist die erste, die fundamentale menschliche Gemeinschaft. Wenn sie nicht intakt ist, bleibt auf Dauer auch der Staat nicht intakt. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, daß die Familie wieder den Rang erhält, den ihr unsere Verfassung gibt. Wir werden der Familie auch in Zukunft die materiellen und ideellen Hilfen geben, die sie braucht; Familienpolitik ist Zukunftsvorsorge. Deshalb hat die Regierung Albrecht schon in den vergangenen Jahren für die Familie zahllose neue Impulse gegeben wie z. B. Stiftung „Familie in Not“, Babygeld, Kindergartenbeiträge, Lernmittelhilfe, die nach bestimmten sozialen Gesichtspunkten vergeben werden.

Die Frauen müssen die Freiheit bekommen, in unterschiedlichen Abschnitten ihres Lebens unterschiedliche Lebensentscheidungen zu treffen. Die Entscheidung der Frau für die Familie ist ebenso Berufstätigkeit wie die Arbeit in einem anderen Beruf. Aus der Arbeit in der Familie darf den Frauen materiell kein Nachteil entstehen. Die Rückkehr in den Beruf werden wir zu erleichtern versuchen. Ein Mittel dazu sehen wir in der Förderung des Teilzeitarbeitsplatzes und in mehr Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitszeit, daß z. B. beim Job-sharing möglich ist.

3. Selbsthilfe und Dienst am Nächsten

Mit ihrer Sozialpolitik will die Niedersachsen-CDU vor allem denen helfen, die wirklich in Not sind: sie gilt den Alten, Kranken, kinderreichen Familien und Behinderten, sie gilt denen, die keine schlagkräftigen Interessenverbände hinter sich haben. Wir werden auch hier auf dem bisherigen Wege der Albrecht-Politik fortfahren. 12,5% des Landeshaushalts wurden 1981 für soziale Leistungen bereitgestellt. Trotz der schwierigen Finanzsituation wird es hier insgesamt für 1982 keine Einsparungen geben. Damit liegt Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern in der Spitzengruppe.

Praktische Sozialpolitik muß bestrebt sein, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Deswegen werden wir auch zukünftig die Selbsthilfegruppen sowie die Tätigkeiten der Kirchen und freien Wohlfahrtsverbände partnerschaftlich unterstützen. Auch die von der Regierung Albrecht aufgebauten Sozialstationen – heute annähernd 250, die fast 80% der Bevölkerung versorgen – stellen mit ihren ambulanten Diensten eine solche Hilfe zur Selbsthilfe dar. Alte Menschen sollen in ihrer häuslichen Umgebung versorgt werden können. Kinder müssen zu Hause betreut werden können, wenn die Mutter krank ist. Wir wollen, daß auch für psychisch kranke Menschen möglichst ein Krankenhausaufenthalt vermieden wird. Wir werden deswegen die ambulante Versorgung auch in diesem Bereich weiter verbessern und mehr gemeindenahe Behandlungsmöglichkeiten schaffen.

Dem seelenlosen Mammutkrankenhaus erteilen wir eine Absage, nachdem bereits die Regierung Albrecht dem Skandal der menschenunwürdigen Zustände bei den Landeskrankenhäusern ein Ende bereitet hat.

Die CDU fühlt sich der älteren Generation verpflichtet. Ihnen haben wir unseren Wohlstand zu verdanken. Wir garantieren ihnen einen gesicherten Lebensabend ohne Ängste und Bevormundung. Deshalb werden wir die Renten sichern, ambulante Dienste weiter fördern und altengerechte Wohnungen schaffen.

Mit 2000 Plätzen in Wohnheimen für Behinderte, die nicht in der Familie leben können, liegt Niedersachsen bundesweit an der Spitze.

Wir werden die Vorbereitung auf das Alter verstärken und die immer noch vorhandenen Vorurteile gegenüber alten Menschen weiter abbauen.

Zum Dienst am Nächsten rechnen wir auch die Wiedereingliederung von Menschen, die straffällig geworden sind. In der Resozialisierung wird Niedersachsen weiter Pionierarbeit leisten.

Für die Albrecht-Politik und die Niedersachsen-CDU wird auch in Zukunft gelten: wir lassen uns in unserem sozialen Engagement von keiner Partei in Deutschland übertreffen.

4. Für die innere Erneuerung der Schule

Die Regierung Albrecht hat in den vergangenen Jahren die dringend notwendigen Korrekturen an den Schulen des Landes vorgenommen, ohne die Kinder durch blinden Reformeifer ständig neuen Wechselbädern auszusetzen. Sie hat die Schule aus der parteipolitischen Konfrontation herausgeholt. Sie hat seit 1976 rd. 17 000 Lehrer neu eingestellt; kein anderes Bundesland kann eine vergleichbare Leistung vorweisen. Die Klassenfrequenzen in Niedersachsen sind inzwischen die niedrigsten im Bundesgebiet. Sie werden weiter sinken. Denn auch bei abnehmenden Schülerzahlen will die Regierung Albrecht die Zahl der Lehrerstellen, wenn irgend möglich, erhalten. Noch kleinere Klassen bedeuten noch besseren Unterricht.

Die Regierung Albrecht wird sich weiter dafür einsetzen, daß das Schulsterben auf dem Lande ein Ende hat. Neue Mammutschulen wird es nicht mehr geben. Die Grundschule bleibt im Dorf. Gerade unsere jüngsten Schüler müssen kurze Schulwege haben.

Wir werden den Elternwillen in der Schulpolitik weiter stärken. Die Regierung Albrecht hat bereits dafür gesorgt, daß die Eltern selber darüber entscheiden können, welche Schullaufbahn ihr Kind nach der Orientierungsstufe einschlagen soll. Umfassende Mitsprachemöglichkeiten haben die Eltern nun auch in der Einführung von Schulbüchern.

Wir werden in der beruflichen Bildung das bewährte System von betrieblicher und schulischer Ausbildung erhalten und weiterentwickeln. Wir werden für die flächendeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahres sorgen. Die große Zahl von Schulabgängern in den nächsten Jahren ist eine Herausforderung, für die die nötigen Ausbildungsplätze zu sorgen.

Nach der Phase des äußeren Schulausbaus und der Beseitigung des Unterrichtsausfalls beginnt ein neuer Abschnitt in der Schulpolitik: wir alle müssen uns jetzt den lange vernachlässigten inneren Fragen zuwenden.

In den niedersächsischen Schulen soll wieder das Lernen im Vordergrund stehen. Die Lehrpläne für alle Schulformen wurden von übertriebener Verwissenschaftlichung und von weltfremder Ideologie befreit, übendes Lernen und die Vertiefung des behandelten Stoffes haben Vorrang. Das Fach Deutsch hat wieder angemessene Bedeutung erhalten. Die Schüler werden mit Literatur aus allen Epochen vertraut gemacht. Auch der Geschichtsunterricht wurde entscheidend verstärkt: Nur wenn die Schüler auch die Vergangenheit kennen, werden sie sich in Gegenwart und Zukunft orientieren können.

Die Regierung Albrecht hält es in der Schulpolitik jetzt vor allem für wichtig, daß die Schule den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder hilft und nicht nur ein Ort bloßer Wissensvermittlung bleibt. Wir müssen Eltern und Lehrern wieder mehr Raum für ihre Erziehungsaufgaben geben und dürfen sie nicht länger durch Verwissenschaftlichung, Verrechtlichung und übertriebene Erwartungen entmutigen. Eine bessere Erziehung kann deshalb auch nicht von oben angeordnet oder durch Experten vorgeschrieben werden. Hier muß ein breites, offenes und ehrliches Gespräch unter Eltern, Lehrern und politisch Verantwortlichen in Gang kommen und eine neue Verständigung gesucht werden. Es reicht keineswegs aus, wenn die Schüler lernen, sich selbständig ein Urteil zu bilden. Zur Erziehung gehört auch die Charakterbildung. Wir müssen den jungen Menschen vor allem auch durch unser Beispiel deutlich machen, daß das Leben nicht ohne Selbstbeherrschung und innere Anstrengung zu bewältigen ist. Dazu gehört auch der Wille, etwas zu leisten und die Erfahrung, daß Leistung Freude bereitet, Selbstverwirklichung bedeutet und nicht zuletzt auch die Voraussetzung ist für die Erfüllung einer wichtigen sozialen Pflicht: Für jene Leistungen zu erbringen, die das aus eigener Kraft nicht, nicht mehr oder noch nicht können. Zur Erziehung gehört auch Respekt und Rücksichtnahme im Umgang miteinander als Ausdruck der Achtung vor der Menschenwürde des anderen. Dazu gehört die Ehrfurcht vor dem Leben und vor der Natur und auch die Achtung vor Dingen und

Einrichtungen, die andere Menschen in Verantwortung geschaffen haben. Wir müssen wieder lernen, daß wir nicht alles und jedes ohne weitere Rücksicht unseren Zwecken unterwerfen dürfen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Festigung des Charakters ist auch, daß die junge Generation wieder früher die Möglichkeit erhält, Verantwortung zu übernehmen. Unsere Gesellschaft hält den jungen Menschen in der Phase seiner größten Leistungskraft zu lange im Zustand des bloß Lernenden und des bloßen Kostgängers. Hier liegt eine der Ursachen für die Generationenprobleme und für die wechselseitige Aggressivität in Teilen unserer Gesellschaft. Die Albrecht-Politik wird im Interesse unserer Jugend die Ausbildungszeiten verkürzen. Das wird durch intensiveren Unterricht in künftig kleineren Klassen und durch Befreiung der Lehr- und Studienpläne von unnötigem Ballast möglich sein.



5. Gemeinde und Bürgernähe

Wir wollen, daß unsere Städte und Gemeinden wieder Heimat für die Bürger werden. Deshalb werden wir

- die Stadtsanierung weiter fördern,
- den Ausbau der Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Zonen vorantreiben,
- die Naherholung verbessern.

Wir werden uns weiter um eine bürgernahe Verwaltung kümmern, weil Verwaltung für den Menschen da ist und nicht umgekehrt. Wir wissen, daß nur so der Staat wieder menschlicher gemacht werden kann. Die Gemeinden und Landkreise sind für uns der Ort, in dem der Bürger Gemeinschaft und Mitwirkung an öffentlichen Aufgaben am intensivsten erleben kann. Wir werden deshalb auch in Zukunft alles uns mögliche tun, damit kommunale Selbstverwaltung ihre Kräfte zur eigenverantwortlichen Gestaltung des eigenen Raumes voll entfalten kann. Wir werden fortfahren, alle dazu geeigneten Zweckzuweisungen des Landes in allgemeine Zuweisungen umzuwandeln, damit die Kommunen über die Verwendung ihres Geldes möglichst frei entscheiden können. Wir werden fortfahren, auch in der Planung den Kreisen und Gemeinden möglichst große Freiräume zu lassen. Staatliche Zurückhaltung schafft hier mehr Bürgerfreiheit.

Das Land und die Kommunen sind in ihrem finanziellen Spielraum wesentlich abhängig von Entscheidungen des Bundes. Wir werden darauf achten, daß Sparmaßnahmen gerecht verteilt werden und nicht einseitig zu Lasten des Landes und der Kommunen gehen.

Die kommunalen Freiräume werden wir auch in Zukunft durch Zurückhaltung in gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Regelungen bewahren. Die Regierung Albrecht hat schon in dieser Legislaturperiode in einer einzigartigen Streichaktion 2 368 Verwaltungsvorschriften und 64 Verordnungen gestrichen. Weitere 626 Erlasse und Verordnungen wurden vereinfacht. Auf diesem Wege werden wir auch künftig vorangehen.



6. Umwelt und Lebensqualität

Wirtschaftlicher Fortschritt bedeutet nicht aus sich heraus mehr Lebensqualität. Die Niedersachsen-CDU wird deshalb ihre Bemühungen um eine lebenswerte Umwelt fortsetzen. Bei widerstreitenden Interessen ist eine sorgfältige Abwägung geboten, die den berechtigten Belangen der Betroffenen soweit wie möglich Rechnung trägt. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei dem Schutz der Umwelt zu. Die Regierung Albrecht hat im Umweltschutz Maßstäbe gesetzt (Schutz der Feuchtgebiete; Moorschutzprogramm). Schon heute stehen in Niedersachsen 950 000 ha unter Landschaftsschutz, weitere 55 000 ha unter Naturschutz. Unser Ziel ist es, diese Naturschutzfläche zu verdoppeln.

Unsere Forderung nach mehr Lebensqualität erfaßt alle politischen Aufgaben: wir fördern nicht mehr die großen Mammutschulen, sondern die kleineren Schulen und kleinen Klassen, weil sie menschlicher sind. Wir bemühen uns, auch die kleineren Krankenhäuser zu erhalten. Von besonderer Bedeutung ist die Siedlungsstruktur. Der Mensch kann menschengerecht nur leben, wenn er in überschaubaren Einheiten lebt, in dem er sich noch persönlich begegnen und Nachbarschaft pflegen kann. Deshalb widmen wir besondere Aufmerksamkeit dem ländlichen Raum. Zur Lebensqualität gehört schließlich

auch die Kultur. Eine Gesellschaft, die wie unsere im Wohlstand lebt, muß mehr für die Förderung von Kunst und Kultur tun. Wir werden das umfassende Programm der Regierung Albrecht zur Förderung des kulturellen Lebens, das in besonderem Maße auch den ländlichen Raum berücksichtigt, fortsetzen.



